

Jüngste Informationen und Berichte (MZ vom 07.10.08, HalleForum), wonach die Stadtverwaltung derzeit mit dem Geschäftsführer der „Theater, Oper und Orchester-GmbH“ (i. G.) eine weitere Reduzierung der Mitgliederzahl der Staatskapelle Halle von ursprünglich über 200 Musikern des Opernhausorchesters und des „Philharmonischen Staatsorchesters“ über die im Zuge der Fusion 2005 festgelegte Zahl von 152 auf künftig etwa 100 (99) Musiker prüft, verursachen zunehmend Sorge und Unruhe, nicht nur unter den Musikern.

Ich frage:

1. Welche bisherigen Angebote und Aufgaben könnten bei einer derart drastischen Reduzierung fortgeführt werden, welche müssten wegfallen? Dabei gehe ich davon aus, dass die derzeitigen Angebote mit einer angemessenen Auslastung der Musiker verbunden sind, da keine anders lautenden Beanstandungen seitens des Arbeitgebers bzw. einer zuständigen Prüfinstitution vorliegen.
2. Wie sind die entsprechenden Personalentwicklungen bei den künftigen Partnern in der GmbH (Sprechbühnen, Oper ohne Orchester) seit 1990?
3. Welche Angebote zu Vorruhestandsregelungen (Altersteilzeit) wurden den Orchestermitgliedern in den zurückliegenden Jahren gemacht?
4. Die Verwaltung setzt auf „solidarische Lösungen“ der prekären Finanzsituation (zit. MZ), die mit Gehalts- und Arbeitszeitverzicht verbunden sind. Wie steht die Stadt zu Möglichkeiten der betroffenen Musiker, diesen Gehaltsverzicht durch Zusatzeinkünfte auszugleichen?

---

#### **Antwort der Verwaltung:**

Zu 1.

Die gegenwärtig in den Ausschüssen zu behandelnde Beschlussvorlage zur »Überführung der städtischen Theater Halle und der Staatskapelle Halle in die GmbH« enthält eine ausführliche Darstellung zur Beantwortung dieser Frage.

Zu 2.

Diese Frage wird aufgrund des umfangreichen Recherchebedarfs zur Stadtratssitzung im November beantwortet.

Zu 3.

Die von der Stadtverwaltung angebotenen Vorruhestandsregelungen wurden von den Musikern nicht in Anspruch genommen.

Zu 4.

Dass Musiker/innen durch Nebentätigkeiten [Muggen] mehr oder minder Zusatzeinkünfte erzielen, ist durchaus üblich. Die Stadt steht dem selbstverständlich generell aufgeschlossen gegenüber, insbesondere, wenn dadurch ein Ausgleich von Gehaltsverzicht erreicht werden kann.

Die Festlegung jedoch, dass fest angestellte Musiker der Stadt nicht im Konservatorium, gleichfalls einer städtischen Einrichtung, einen Nebenverdienst realisieren, bleibt selbstverständlich bestehen.

Von der ARGE Halle beziehen 37 Musikerinnen und Musiker Leistungen. Sie haben nicht den Vorteil einer festen Anstellung bei der Stadt und können auf diese Weise am Konservatorium zumindest auf Honorarbasis einen Teil ihres Lebensunterhalts verdienen.

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, erläuterte, dass ihr aus der Beantwortung zu Frage 1 nicht ersichtlich sei, welche Angebote wegfallen. Auch aus der Vorlage habe sie das nicht herauslesen können. Obwohl aufgeführt sei, dass die Händel-Pflege behalten werde, sei nicht erkennbar, was ansonsten erhaltenswert sei. Hierzu müsse man sich noch einmal verständigen.

Weiterhin fragte sie zum Punkt 3 der Beantwortung, welche Angebote gemacht wurden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, im Rahmen der Vorlage über die sich jetzt noch ergebenden und offenen Fragen zu diskutieren. Werden hier wesentliche Punkte gesehen, die aufgeführt werden müssten, sollten entsprechend der üblichen Gepflogenheiten Anträge gestellt werden. Sofern diese dann Mehrheiten finden, werden die Punkte mit aufgenommen. Ihrer Ansicht nach seien die Schwerpunkte in der Vorlage festgeschrieben.

Hinsichtlich der Frage 3 entgegnete **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass dies durchaus aus der Beantwortung hervorgehe. Im Lenkungsausschuss habe man sich darüber hinaus noch verständigt, wie es weiter gehen solle. Es handele sich hier um einen Prozess, so dass die Beantwortung zu einem Zeitpunkt erfolge, zu dem im Lenkungsausschuss noch nichts entschieden bzw. auf den Weg gebracht wurde. Dies laufe parallel.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass es sich bei dieser Frage bereits um die Vergangenheit handele. Die Frage beziehe sich darauf, welche Angebote unterbreitet wurden und die Antwort lautet, dass keine Angebote angenommen wurden. Eine Antwort sollte eigentlich im Vorfeld vorliegen.

Daraufhin sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine erneute Prüfung zu. Aufgrund der Umfänglichkeit habe man dies zur Vorlage mit beraten wollen. Sollte das Prüfergebnis eher vorliegen, wird es selbstverständlich vorher zur Verfügung gestellt.

**Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.**